https://www.ad-hoc-news.de/politik/die-deutsche-umwelthilfe-duh-ruft-die-buerger-zur-anzeige-von/63597393 23.3.2023

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) ruft die Bürger zur Anzeige von Falschparkern auf.

"Die systematische Duldung von Falschparkern auf Gehwegen ist lebensgefährlich und aus unserer Sicht rechtswidrig", sagte DUH-Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch am Donnerstag. "Autos auf dem Gehweg verdecken die Sicht und zwingen Menschen zum Ausweichen auf die Straße."

Illegales Gehwegparken müsse "konsequent" geahndet werden. "Das heißt: Sofortiges Bußgeld und Punkt in Flensburg sowie unverzügliches Abschleppen bei Behinderung", so Resch. "Wenn jetzt immer mehr Menschen Falschparker fotografieren und Behinderungen zur Anzeige bringen, ist das nichts anderes als Notwehr." Genau dazu fordere man die Menschen auf, "und zwar so lange, bis die Städte ihrer Pflicht, freie Gehwege zu garantieren, endlich nachkommen".

dts Deutsche Textservice Nachrichtenagentur GmbH

https://www.spiegel.de/ausland/frankreich-regierung-uebersteht-misstrauensvotum-a-ba3118e1-1b6f-4505-b6e3-c856a161b2f2
20.3.2023

Frankreichs Regierung übersteht Misstrauensvotum – Weg für Rentenreform frei

……Nur knapp hat die französische Regierung ein Misstrauensvotum in der Nationalversammlung überstanden und damit die umstrittene Rentenreform durchgesetzt. Hätte eine absolute Mehrheit der Abgeordneten für den Antrag gestimmt, wäre die Rentenreform abgelehnt gewesen und die Regierung hätte zurücktreten müssen. Da keine solche absolute Mehrheit zustande kam, ist die Rentenreform damit endgültig verabschiedet.

Lediglich neun Stimmen fehlten laut offiziellem Abstimmungsergebnis bis zur absoluten Mehrheit für einen ersten, fraktionsübergreifenden Misstrauensantrag. Ein zweiter Antrag der Rechtspopulisten scheiterte ebenfalls.

»Die Regierung hat keine Legitimität mehr, die Premierministerin muss zurücktreten«, sagte die Fraktionschefin der linksgerichteten Partei »La France insoumise«, Mathilde Panot. Sie kündigte an, bereits am Dienstag Verfassungsbeschwerde einzulegen.

https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2023/afd-ramelow-anzeige/
20.3.2023

Untreue-Verdacht: AfD stellt Strafanzeige gegen Bodo Ramelow

ERFURT. Die Thüringer AfD-Landtagsfraktion hat Strafanzeige gegen Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linkspartei) gestellt. Hintergrund ist ein Sonderbericht des Landesrechnungshofes, laut dem die rot-rot-grüne Minderheitsregierung bei Einstellungen von leitenden Beamten und Staatssekretären „systematisch und schwerwiegend" gegen geltendes Recht verstoßen habe.

In einem Sonderbericht kommen die Prüfer zum Ergebnis, das viele hohe Beamte ohne nötige Ausschreibung und nicht nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung eingestellt wurden, wie es das Grundgesetz etwa in Artikel 33 vorsieht. Einige Beamte wären auch in den Tarifgruppen des öffentlichen Dienstes zu hoch eingestuft worden. Laut dem Rechnungshof handele es sich „nicht um Einzelfälle".

FDP: Ramelow verursacht immensen Schaden

Die AfD will das nun nicht weiter hinnehmen. „Um das Vertrauen in den Rechtsstaat wiederherzustellen, braucht es neben der politischen auch eine strafrechtliche Aufarbeitung der nun bekannt gewordenen Vetternwirtschaft", sagte der Fraktionsvorsitzende Björn Höcke. „Deswegen hat die AfD-Fraktion eine entsprechende Strafanzeige gegen

Bodo Ramelow sowie weitere mögliche Verantwortliche gestellt.“ Konkret geht es um den Verdacht der Untreue.

Auch CDU und FDP, beide in der Opposition, äußerten Kritik an der Ramelow-Regierung. …….

https://www.wsj.com/articles/uganda-passes-sweeping-new-antigay-legislation-78f02bce 21.3.2023

Uganda verabschiedet weitreichende neue Antihomosexuellen-Gesetzgebung

Das ugandische Parlament hat am Dienstag ein umfassendes neues Antihomosexuellengesetz verabschiedet, das die Todesstrafe für HIV-positive Menschen vorsieht, die wiederholt Geschlechtsverkehr mit einer Person des gleichen Geschlechts haben, sowie lebenslange Haftstrafen für gleichgeschlechtliche Beziehungen.

Der Gesetzentwurf, der nun Präsident Yoweri Museveni zur Unterschrift vorgelegt wird, sieht außerdem Gefängnisstrafen von bis zu 20 Jahren für Personen vor, die sich als schwul, lesbisch, transgender oder nicht-binär identifizieren, und kriminalisiert Handlungen wie das Berühren einer anderen Person "in der Absicht, den Akt der Homosexualität zu begehen". ….. https://t.me/CheckMateNews/43430 22.3.2023

https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2023/klima-partei/ 21.3.2023

Klima-Kleber der „Letzten Generation“ wollen Partei gründen

Von der Straße ins Parlament: Wollen die radikalen Klimaschützer der „Letzten Generation“ die Gesetzgebung jetzt etwa selbst in die Hand nehmen? Eine neue Partei soll es richten.

BERLIN. Anhänger der „Letzten Generation“ haben sich offenbar darauf verständigt, ihr Klimaschutz-Engagement auf den Bundestag auszuweiten. „Jetzt bemühen wir uns, eine politische Partei zu gründen“, sagte Caris Connell, die Teil der Gruppierung ist, in einer internen Videokonferenz, von welcher der Welt ein Mitschnitt vorliegt.

Wie die Partei heißen soll, ist bislang noch unklar. Den Namen ihrer Gruppierung wollen die Klima-Kleber aber nicht verwenden.

Grund für das Vorhaben soll vor allem die gute rechtliche Stellung von Parteien in Deutschland sein. So könnten etwa effektiver Spenden eingenommen werden. Zu diesem Zweck hatte die „Letzte Generation" in der Vergangenheit bereits eine gemeinnützige Gesellschaft sowie einen Verein gegründet. Eng verbunden sollen sie mit dem Verein „Wandelbündnis" sein, über den die radikalen Klimaschützer laut der Welt am Sonntag bezahlt werden. ……..

„Wir denken darüber nach, viele legale Strukturen aufzubauen, weil es dann schwieriger wird, unsere Konten einzufrieren", hieß es während der internen Online-Konferenz weiter. Ebenso wichtig seien Sicherheitsbelange. Es müsse eine verschlüsselte Kommunikation und Vorbereitungen auf Hausdurchsuchungen geben. (zit)